

Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz
Bundesminister der Justiz Herrn Dr. Marco Buschmann
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Herrn Dr. Robert Habeck
Bundesminister für Arbeit und Soziales Herrn Hubertus Heil
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Frau Steffi Lemke
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Frau Svenja Schulze

Berlin, 16.10.2023

Offener Brief: Jugend fordert starkes EU-Lieferkettengesetz

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
sehr geehrte zuständige Bundesminister*innen Buschmann, Habeck, Heil, Lemke und Schulze,

aktuell finden die Trilog-Verhandlungen zum EU-Lieferkettengesetz statt. Anlässlich dieser Verhandlungen appellieren wir als Jugendverbände und Gewerkschaftsjugenden an die Verantwortung der Bundesregierung, sich im EU-Ministerrat für ein starkes europäisches Lieferkettengesetz einzusetzen.

Wir versuchen tagtäglich, nachhaltig zu leben sowie klima- und sozialverträgliche Kaufentscheidungen zu treffen. In unseren Organisationen schaffen wir Bewusstsein für soziale Themen sowie Klima- und Umweltgerechtigkeit.

Nichtsdestotrotz stehen wir einer erschreckenden Realität gegenüber: Der Juli 2023 war weltweit der heißeste jemals gemessene Monat. UN-Generalsekretär António Guterres spricht davon, dass „der Planet kocht“.¹ Zur Klimakrise tragen Unternehmen mit ihrer Geschäftstätigkeit entscheidend bei. Nur 100 Unternehmen sind verantwortlich für 71% der globalen CO₂-Emissionen seit 1988.² Der französische Konzern Total plant den Bau der sogenannten EACOP-Pipeline, deren transportiertes Öl mehr CO₂ freisetzen würde als die Länder Uganda und Tansania zusammen, durch die die Pipeline verlaufen soll.³

Zudem gründet unser Wohlstand maßgeblich auf ausbeuterischen Produktionsverhältnissen: 79 Millionen Kinder im Alter von 5 bis 17 Jahren leiden weltweit unter ausbeuterischer Kinderarbeit.⁴ In der Textilindustrie gehören selbst nach Unglücken wie dem Einsturz der Produktionsstätte Rana Plaza Hungerlöhne sowie Arbeitsrechtsverletzungen und die aktive Verhinderung von gewerkschaftlicher Organisation zum Alltag.

¹ Bisset, V. (2023, 29. Juli). The U.N. warns ‘an era of global boiling’ has started. What does that mean? <https://www.washingtonpost.com/climate-environment/2023/07/29/un-what-is-global-boiling/>

² Griffin, P. (2017). The carbon majors database CDP carbon majors report 2017.

³ WWF (2017). Safeguarding people & nature in the East Africa crude oil pipeline project. A preliminary environmental and socio-economic threat analysis. S.16 https://www.banktrack.org/download/safeguarding_people_nature_in_the_east_africa_crude_oil_pipeline_project/safeguarding_peope_nature_in_the_east_africa_crude_oil_pipeline_project.pdf

⁴ ILO Berlin (2021, 10. Juni). Weltweite Kinderarbeit steigt auf 160 Millionen. https://www.ilo.org/berlin/presseinformationen/WCMS_800232/lang--en/index.html

Darüber hinaus werden in den aktuellen Produktionsverhältnissen auch koloniale Kontinuitäten sichtbar. Unternehmen des Globalen Nordens profitieren von in der Kolonialzeit begründeten Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnissen und halten sie aufrecht, während sie gleichzeitig die Klimakrise vorantreiben, von der ebenfalls überwiegend Menschen des Globalen Südens betroffen sind.

Deswegen ist es längst überfällig, dass endlich auch Unternehmen Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Sie müssen ihren Teil für die wichtige und notwendige sozialökologische Transformation beitragen. Insbesondere das Erreichen der SDG-Ziele der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung stellt dabei einen wichtigen Meilenstein dar. Freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen wirken hierbei nicht. Es braucht klare gesetzliche Regeln.

Eine lebenswerte Zukunft kann es nur mit einer Jugend geben, die eine echte Zukunftsperspektive auf diesem Planeten hat und nicht in den Lieferketten globaler Konzerne für deren Profit ausgebeutet wird. Es braucht daher ein umfassendes, wirksames europäisches Lieferkettengesetz, das weitreichende Umwelt- und Klimaschutzpflichten für Unternehmen verankert und Betroffenen einen realistischen Zugang zu Recht ermöglicht. Soziale und arbeitsrechtliche Standards müssen umfassend garantiert werden. Der Negativwettbewerb um die schlechtesten Arbeitsbedingungen muss ein Ende haben.

Als Jugend lassen wir uns nicht spalten: Wir wollen gute Arbeits- und Lebensbedingungen für alle, überall.

Wir fordern Sie daher auf, sich gemäß dem Koalitionsvertrag innerhalb der Bundesregierung auf eine starke Position Deutschlands für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, basierend auf den UN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte, zu einigen und sich im Ministerrat und in den laufenden Trilog-Verhandlungen für folgende Punkte einzusetzen:

- Eigenständige Sorgfaltspflichten für Unternehmen zum Schutz unserer Lebensgrundlagen und Umweltgüter müssen verbindlich verankert werden.
- Klimaschutz muss für Unternehmen zur Pflicht werden. Dafür muss das EU-Lieferkettengesetz eigenständige klimabezogene Sorgfaltspflichten enthalten. Unternehmen müssen ambitionierte Klimaschutzpläne erarbeiten und umsetzen, mit konkreten Reduktionszielen und Zeitplänen im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen. Dabei sollen die Emissionen in der gesamten Wertschöpfungskette berücksichtigt werden. Und: Greenwashing darf es dabei nicht geben. Aufsichtsbehörden müssen deshalb auch die Schlüssigkeit und Umsetzung der Klimapläne kontrollieren und bei Nichteinhaltung Sanktionen verhängen können.
- Der Finanzsektor inklusive Pflichten für Investoren, Vermögensverwalter und Einrichtungen der Altersversorgung muss verbindlich im EU-Lieferkettengesetz einbezogen werden. Es muss Pflichten für die gesamte Wertschöpfungskette von Finanzakteuren ohne Einschränkung auf direkte Geschäftspartner und große Unternehmen geben. Eine regelmäßige Risikoermittlung und Risikopriorisierung gemäß internationaler Standards muss auch für Finanzakteure gelten.
- Unternehmen müssen bei jeder Form von entstandenem Unrecht durch fahrlässiges Handeln haften und es darf keine Schlupflöcher oder Haftungserleichterungen für Unternehmen geben, die sich Multi-Stakeholder-Initiativen angeschlossen oder bestimmte Zertifizierer verwendet haben. Initiativen, Zertifikate und Audits können als Instrumente und nicht als Ersatz für strenge Sorgfaltspflichten verstanden werden.
- Die gesamte Wertschöpfungskette (vor- und nachgelagerte Lieferkette) muss vom EU-Lieferkettengesetz abgedeckt werden. Es darf keine Ausnahme für bestimmte Branchen, wie z.B. die Rüstungsindustrie geben. Wirksame Kontrollen in allen Gliedern der Lieferketten sind nötig.

- Neben Aufsichtsbehörden müssen auch die Mitbestimmungsgremien in Unternehmen wirksame Kontroll-Möglichkeiten erhalten: Mitbestimmung und Gewerkschaftsarbeit ist ein Garant für Solidarität und den Kampf gegen Ausbeutung.
- Es muss einen umfassenden Rechtsschutz für Betroffene geben, der Verjährungsfristen von mindestens 10 Jahren, die Möglichkeit der Prozessstandschaft für NGOs und Gewerkschaften und die Offenlegung von Beweismitteln beinhaltet. Die Beweislast von Kläger*innen und Unternehmen muss gerecht verteilt werden. Darunter verstehen wir, dass im Falle einer nachvollziehbaren Darlegung einer Sorgfaltspflichtverletzung durch Kläger*innen das Gericht von einer kausalen Sorgfaltspflichtverletzung ausgeht. Unternehmen können dies dann durch den Nachweis der pflichtgemäßen Ausübung und Einhaltung ihrer Sorgfalt widerlegen.
- Das EU-Lieferkettengesetz soll bis Ende des Jahres verabschiedet werden und die Frist zur nationalen Umsetzung auf ein Jahr verkürzt werden. Wir können es uns angesichts der multiplen Krisen nicht leisten, dass noch mehrere Jahre vergehen, bevor das EU-Lieferkettengesetz seine volle Wirkung entfaltet.

Wir appellieren eindringlich an Sie, die Rolle Deutschlands im EU-Ministerrat in unserem Sinne auszufüllen. Für weiterführende Gespräche und Austausch zu unseren Forderungen stehen wir Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich dafür an Chris Stein: chris.stein@bundjugend.de

Unterzeichnende Organisationen

Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUNDjugend)

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V.

Bund der Deutschen Katholischen Jugend

Bund der Deutschen Landjugend e.V. (BDL)

Bund Deutscher Pfadfinder_innen

Bundesjugendwerk der AWO e.V.

Brot für die Welt Jugend

Christliche Arbeiterjugend (CAJ)

Deutsche Chorjugend e.V.

Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG)

Deutscher Pfadfinder*innenverband e.V.

Deutsche Schreberjugend Bundesverband

DIDF-Jugend

EVG Jugend

FairActivists (Fairtrade Deutschland e.V.)

Jugendbeirat, Plan International Deutschland e.V.

Junge BAU

Junges Attac

NAJU (Naturschutzjugend im NABU)

Naturfreundejugend Deutschlands

Solidaritätsjugend Deutschlands

SJD - Die Falken

WWF-Jugend

